

HEIMAT. LAND. THÜRINGEN.

AUSGABE: 04.2023 | Die Zeitung der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag



CDU-Justizpolitiker Stefan Schard fordert von künftigen Landesministern eine ausreichende Qualifikation.

MINISTER MÜSSEN ABSCHLUSS HABEN

Mit einem besseren Ministergesetz will die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag das Vertrauen in die Politik wiederherstellen.

Der Gesetzentwurf sieht vor, fachliche und persönliche Voraussetzungen für das Ministeramt festzuschrei-

ben. „Wir stehen für gutes Regieren. Dafür braucht es auch eine gute Qualifikation der Minister“, erklärt der justizpolitische Sprecher der Fraktion, Stefan Schard. Dem Gesetzentwurf zufolge kann zukünftig nur Minister werden, wer auch einen Ab-

schluss hat. Dazu zählen ein Master oder ein gleichwertiger Hochschulabschluss, ein Bachelor und mindestens zweijährige hauptberufliche Tätigkeit oder eine Berufsausbildung mit ebenfalls mindestens zweijähriger hauptberuflicher Tätigkeit.

Schard: „Wir erwarten, dass für Minister in Thüringen die gleichen Regeln gelten, wie für jeden anderen Arbeitnehmer. Sie müssen gewisse Mindeststandards für die Ausübung ihres Jobs erfüllen. In Thüringen ist das derzeit aber nicht geregelt.“ [SEITE 2](#)

EINSATZ FÜR FAMILIEN | SEITE 5

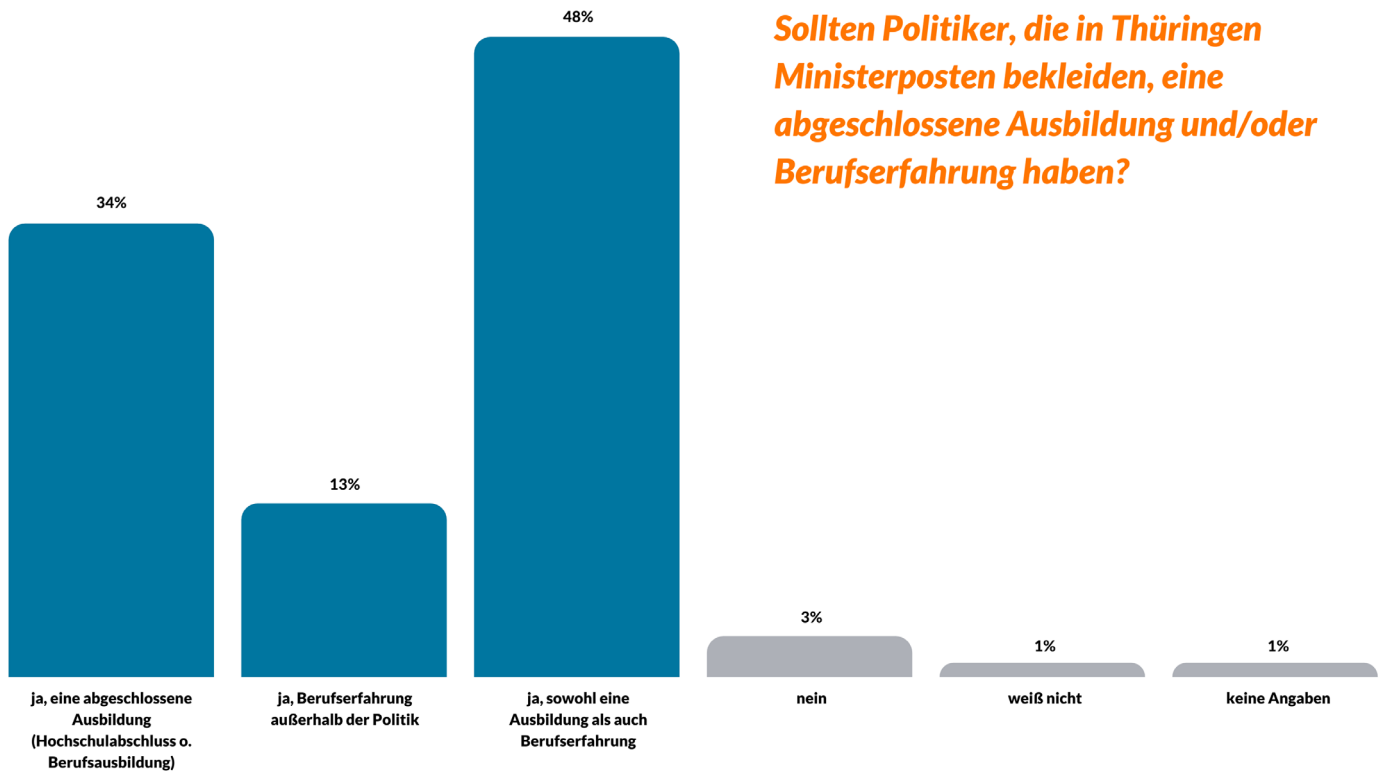
Mit einem ganzen Bündel an Vorschlägen und Initiativen will die CDU-Fraktion die Familien wieder in den Fokus der Landespolitik rücken. Dabei geht es u.a. um konkrete Hilfe vor Ort.

SONDERSITZUNG | SEITEN 6/7

Die CDU-Fraktion hat wegen der Kritik rund um die Einstellungspraxis der Ramelow-Regierung eine Sondersitzung des Landtags beantragt, um die Vorfälle weiter aufzuarbeiten.

DIGITALE DEFIZITE | SEITE 10

Thüringen hat massive Defizite bei der Digitalisierung. Zu einem Digital-Forum der CDU-Fraktion konnte neben vielen Gästen auch Bayerns Staatsministerin für Digitales begrüßt werden.



Eine INSA-Umfrage für die CDU-Fraktion zeigt, dass die Mehrheit eine Qualifikation für Minister im Freistaat erwartet.

Gutes Regieren für Thüringen



Wir brauchen Qualität vor Quote.

Stefan Schard | Justizpolitischer Sprecher

Im Thüringer Ministergesetz gibt es derzeit keine fachlichen oder persönlichen Mindestanforderungen an das Amt eines Ministers. Das will die CDU-Fraktion mit ihrem Gesetzentwurf ändern. Justizpolitiker Stefan Schard: „Wir brauchen Qualität vor Quote. Ein Minister braucht entsprechende Kompetenzen.“ Die

Bürger erwarten das auch völlig zu Recht, da sie diese schließlich über ihre Steuern auch bezahlen, so Schard. Aktuelle Umfragen belegten dies, wonach die Bürger passende Zeugnisse, Abschlüsse und Berufserfahrung für notwendig hielten. So sind 48 Prozent der Thüringer laut einer INSA-Umfrage im Auftrag der

CDU-Fraktion der Ansicht, dass Minister im Freistaat sowohl eine Ausbildung als auch Berufserfahrung vorweisen sollten. 34 Prozent meinten, dass die Minister eine abgeschlossene Ausbildung haben müssten, 13 Prozent legen Wert auf Berufserfahrung außerhalb der Politik. Nur drei Prozent sind dagegen. Laut dem Meinungsbarometer „MDR fragt“ sprachen sich sogar 90 Prozent dafür aus, dass die Qualifikation zumindest bei Spitzenbeamten mehr im Fokus stehen soll, nicht deren politische Einstellung.

Impressum

Herausgeber: CDU-Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt, Telefon: 0361/3772201 (Sekretariat), www.cdu-landtag.de

Mail: Zeitung@cdu-landtag.de

Redaktion: Michael Windisch (V.i.S.d.P.), Christian Voigt (Leitung), Felix Voigt, Sven Keßler, Hans Förster, Aniko Lembke (Satz/Layout)

Fotos/Grafiken: Sven Keßler, ©Adobe Stock, Laurence Chaperon, Aniko Lembke, Lilli Fischer, Hans Förster

Diese Publikation dient der Information über die parlamentarische Arbeit der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag. Eine Verwendung für Parteienwerbung oder im Wahlkampf ist nicht zulässig.

Katastrophenschutz: Besuch im Ahrtal



Thüringen muss sich **„besser vorbereiten.“**

Jonas Urbach | Feuerwehrpolitischer Sprecher

Wie ist der Katastrophenschutz in Thüringen aufgestellt und welche Lehren lassen sich aus Katastrophen wie dem Ahrtal-Hochwasser für das Krisenmanagement im Freistaat ziehen? Diesen Fragen ist der Innen-Arbeitskreis der CDU-Fraktion bei einem Informationsbesuch im ehemaligen Flutgebiet in Rheinland-Pfalz nachgegangen. Die Erkenntnisse aus dieser auswärtigen Arbeitskreissitzung sollen jetzt auch in

der Überarbeitung eines bereits vorgelegten Antrags der Fraktion zur Reform des Thüringer Katastrophenschutzes einfließen.

„Es ist offensichtlich, dass Thüringen Nachholbedarf beim Krisenmanagement im Ernstfall hat. Insbesondere die Verantwortung im Krisenfall wollen wir nach dem Besuch im Ahrtal nochmal aufgreifen und entsprechende Beratungsleistungen des Landes anbieten“, erklärt der feuerwehr-

politische Sprecher der Fraktion, Jonas Urbach. Das Maßnahmenpaket der Union beinhaltet unter anderem die Beschaffung von zusätzlichen Notstromaggregaten und Satellitentelefonen zur Sicherung der Kommunikation im Ernstfall, die Bevorratung mit Treibstoff, den Ausbau von Sirenen, die bessere Koordination der Einsatzkräfte und eine verbesserte Waldbrandüberwachung durch Drohnen.

Die CDU-Innenpolitiker Raymond Walk, Jonas Urbach und Jörg Kellner informierten sich im Unglücksgebiet an der Ahr.



Heizungsverbot muss gestoppt werden



Der Ampel fehlt die Kraft, Habecks Verbot einzukassieren.

Mario Voigt | Fraktionsvorsitzender

„Wer soll das bezahlen? Wer hat das bestellt? Wer hat so viel Pinkepinke? Wer hat so viel Geld?“ – dieses Lied haben viele Bürger aktuell im Ohr, wenn sie an die Heizungs-Verbotspläne von Klimaminister Habeck denken. Die CDU-Fraktion hat deshalb einmal nachgerechnet, was der Einbau einer Wärmepumpe für ein Einfamilienhaus in Thüringen kosten würde. Und ja: Der Ampel-Vorschlag würde viele Hausbesitzer finanziell massiv belasten, denn 40.000 Euro sind wahrlich kein Pappenstiel. Hoffnungen, die Ampel könnte noch einmal

zur Besinnung kommen, sind im jüngsten Koalitionsausschuss begraben worden. „Der Ampel fehlt die Kraft, Habecks Verbotspolitik einzukassieren. Die Politik gegen den ländlichen Raum und den Osten Deutschlands geht weiter“, kommentierte der CDU-Fraktionsvorsitzende Mario Voigt die Entscheidung. Zentrale Fragen, wie die Menschen den Austausch von Öl- und Gasheizungen bezahlen sollten, seien nicht beantwortet worden. „Die Verunsicherung der Menschen bleibt. Statt der Überforderung von Eigenheimbesitzern eine kla-

re Absage zu erteilen, hat es nur für leere Worthülsen gereicht“, so Voigt weiter. Verbindliche Aussagen der Ampel zur finanziellen Unterstützung blieben Fehlanzeige. „Vages Geschwurbel vom ‚sozialen Ausgleich‘ hilft niemandem. Die Ampel muss schleunigst klare Festlegungen zur konkreten Unterstützung und Entlastung der Bürgerinnen und Bürger treffen“, fordert der CDU-Politiker und wirbt für die Unterstützung der Aktion seiner Fraktion, wo unter www.ampel-stoppen.de über 10.000 Unterschriften gegen das Verbot gesammelt wurden.

Wärmepumpe und Zubehör 15.000 €
 + Soleleitung 2.900 €
 + Gefäß & Armaturen 13.600 €
 + Verrohrung 6.000 €
 + Sonstiges 2.500 €
 = Für die meisten Thüringer zu viel!

zum Video





Beate Meißner, Mario Voigt und Katrin Konrad vom Verband kinderreicher Familien stellen die CDU-Initiative vor.

Familienfreundlichkeit als Standortfaktor



Thüringen muss endlich **mehr tun für seine Familien.** ”

Beate Meißner | Familienpolitische Sprecherin

Mit einem Bündel von parlamentarischen Initiativen will die CDU-Fraktion Familien wieder in den Mittelpunkt der Landespolitik rücken. Ein wichtiger Teil ist die Rückerstattung der Grunderwerbsteuer auf das erste selbstgenutzte Wohneigentum von Familien in Thüringen. Dies ist ein wichtiger Schritt für junge Familien, die sich ihren Traum von den eigenen vier Wänden erfüllen möchten. Mit einem Thüringer Landesprogramm zur

Förderung von Wohneigentum für Familien soll auf Antrag der Wert der gezahlten Grunderwerbsteuer bis maximal 25.000 Euro zurückerstattet werden können. In einer weiteren Gesetzesänderung geht es um starke Familienverbände und konkrete Hilfen vor Ort. „Eltern-Kind-Zentren, die Erziehungsberatung, die Familienzentren und die vielen Familienprojekte in den Kommunen sind einige Beispiele, die hiervon profitieren“, erklärt die

familienpolitische Sprecherin der Fraktion, Beate Meißner. Außerdem will die CDU-Fraktion eine Diskussion um den Familienbegriff im Familienfördergesetz führen. „Für uns ist Familie die dauerhafte und verbindliche Gemeinschaft, die auch zwischen den Generationen Verantwortung trägt. Ohne Familien würde in unserer Gesellschaft vieles nicht mehr funktionieren. Das muss sich aber auch in den Fördergesetzen abbilden“, so Meißner.

Sondersitzung zur Staatssekretärs-Af



Herr **Ramelow** weigert sich, **Verantwortung** zu übernehmen

Andreas Bühl | Parlamentarischer Geschäftsführer

„Abducken, Abwiegeln, Kleinsagen und mit dem Finger auf andere zeigen: Die Aussagen des Staatskanzleiministers sind einmal mehr eine Farce, und der Ministerpräsident verweigert sich jeder Erklärung vor dem Parlament. Herr Ramelow muss endlich selbst Verantwortung übernehmen, vor allem auch gegenüber dem Thüringer Steuerzahler.“ So hat der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Andreas Bühl, das Schweigen des Ministerpräsidenten in der Sondersitzung des Thüringer Landtags kurz vor den Osterferien zur Staatssekretärs- und Versorgungsaffäre seiner eigenen Regierung bewertet. „Die Einstellungsvoraussetzung der Ramelow-Regierung besteht ganz offensichtlich in politischer Haltung statt Eignung und Qualifikation. Die vielen normalen Beamten und fleißigen Staatsdiener in unserem Freistaat geraten dadurch in Verruf“, warnte Bühl. Das Berichtersuchen an die Landesregierung sah

der Landtag durch Hoffs Vortrag dort nicht erfüllt: „Sie inszenieren sich hier als Aufklärer, doch in Wirklichkeit versuchen Sie, unliebsame Fakten vor uns zu verstecken“, so der CDU-Politiker. Dazu passe, dass der vollständige Bericht von der Ramelow-Regierung behandelt werde wie ein Staatsgeheimnis. „Wenn wir sehen, dass der Rechnungshofbericht nur unter höchsten Sicherheitsvorkehrungen gelesen werden darf, dann fragen wir uns schon: Was verschweigt uns der Ministerpräsident?“, so Bühl. Im Nachgang der Sondersitzung und einer erneuten Intervention der CDU-Fraktion hatte Staatskanzleiminister Hoff zwar die Zugangsvoraussetzungen zum Prüfbericht, der sich mit den Staatssekretären beschäftigt, gelockert. Den Teil, der sich mit den noch umfangreicheren Verstößen bei der Besetzung der Leitungsebene in den Ministerien mit nicht ausreichend qualifizierten rot-rot-grünen Parteifreunden beschäftigt, hütet die

zum Video



Andreas Bühl spricht in der Sondersitzung des Landtags zur Staatssekretärs-Affäre der Ramelow-Regierung.

färe

men.

Landesregierung jedoch weiter wie ihren Augapfel und verweist auf den Datenschutz.

Noch unmittelbar vor der Sondersitzung hatte der Vorsitzende der Linksfraktion, Steffen Dittes, versucht, CDU und FDP das Recht abzusprechen, die Verfehlungen der Landesregierung im Rahmen eines Sonderplenums zu erörtern. „Dass Herrn Ramelows Partei die Opposition für die Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte kritisiert, ist empörend. Vor allem die Linkspartei sollte das mangelnde Schuldbewusstsein der Regierung zum Anlass nehmen, sich endlich an der Aufklärung dieser Affäre zu beteiligen“, so Bühl. „Es ist Bodo Ramelow, der die Ernennungs-urkunden unterschrieben hat und deshalb auch unter besonderem Erklärungsdruck steht.“

Aufgabe des Parlaments sei es, die Regierung zu kontrollieren und die Interessen der Bürger wahrzunehmen. Dieser Verantwortung müsse auch Rot-Rot-Grün gerecht werden.

Was der Rechnungshof der Ramelow-Regierung vorwirft:

- Laut Prüfbericht hätten fünf der acht vom Rechnungshof geprüften Staatssekretäre ihr Amt nicht antreten dürfen. Die Ramelow-Regierung soll Leute auf Posten gesetzt haben, die nicht mal für weit geringer dotierte Tätigkeiten hätten eingestellt werden dürfen.
- 34 der 64 überprüften Einstellungen von Minister-Mitarbeitern seit 2014 verstießen laut Rechnungshof gegen die im GG-Artikel 33 verankerte Bestenauslese.
- 22 der neuen Mitarbeiter waren vorher in einer der rot-rot-grünen Parteien oder parteinah tätig. Der Rechnungshof geht davon aus, dass bei ihnen „offensichtlich lediglich die politische Einstellung“ der Grund für den Arbeitsvertrag mit dem Freistaat war. Die meisten wurden in die höchste Gruppe, den sogenannten höheren Dienst, eingestuft, wobei etliche mutmaßlich zu viel Geld bekamen.



Die Praxisintegrierte Ausbildung „PiA“ lenkt den Einstieg in den Erzieherberuf in geregelte und fachlich fundierte Bahnen.

Gezielte Förderung bei Erzieher-Ausbildung



Geld kommt bei denen an, „
die **wirklich** ausbilden.“

Thadäus König | Sozialpolitischer Sprecher

Die Vertreter der CDU-Fraktion konnten im Bildungsausschuss des Landtags ihre Position zur Zukunft der Praxisintegrierten Ausbildung „PiA“ durchsetzen. „Wir haben gegenüber Rot-Rot-Grün erfolgreich auf die Notwendigkeit einer zielgerichteten Förderung gedrungen“, machte der CDU-Bildungspolitiker Thadäus König deutlich. Nach dem Auslaufen des Modellprojekts hatte es zuletzt unterschiedliche Vorstellungen zwischen CDU, Verbänden

und Kindergarten-Trägern auf der einen und Rot-Rot-Grün auf der anderen Seite hinsichtlich der Finanzierungsmodalitäten gegeben. „Das Ausschütten von Fördergeldern mit der Gießkanne hätte bedeutet, dass gerade kleine Gemeinden einen Großteil der Ausbildungskosten selber tragen müssten. Andere wiederum, die nicht ausbilden, hätten zusätzliche Gelder bekommen“, sagte König. Laut dem CDU-Politiker hätte dies zu einer deutlichen

Reduzierung der PiA-Auszubildenden in Thüringen geführt, da sich Gemeinden die Ausbildung schlichtweg nicht mehr hätten leisten können. „Mit der jetzigen Entscheidung soll sichergestellt werden, dass das Geld bei denen ankommt, die wirklich ausbilden“, sagte König. Zwei Drittel der Ausbildungskosten (1200 Euro/Monat) sollen künftig vom Land kommen. Damit bekommt die PiA-Ausbildung eine Zukunft und wird zum Regelinstrument.



Aufforstung und der Umbau zu klimastabilen Mischwäldern ist das Gebot der Stunde, sagt CDU-Politiker Thomas Gottweiss.

Land muss mehr gegen Erderwärmung tun



Der Wald ist einer unserer **wichtigsten Helfer.** ”

Thomas Gottweiss | Umwelt- und Energiepolitischer Sprecher

„Thüringen muss im Kampf gegen die Erderwärmung mehr tun als bisher!“ Das fordert der umwelt- und energiepolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Thomas Gottweiss. „Im Kampf gegen die Erderwärmung ist der Wald einer unserer wichtigsten Helfer. Deshalb ist nicht die Versiegelung von Waldflächen, sondern die Aufforstung und der Umbau zu klimastabilen Mischwäldern mehr denn je das Gebot der Stunde. Thüringen muss einen Gang

hochschalten, auch bei der Unterstützung der Waldbesitzer“, sagte Gottweiss nach der Vorstellung des neuen Monitoringberichts über die Folgen der Erderwärmung in Thüringen. Darüber hinaus fordert die Fraktion den Grünen-Umweltminister Stengele dazu auf, die CDU-Plebaranträge zur Umsetzung des Energie-Plans für Thüringen mit konstruktiven Vorschlägen zu begleiten. Gottweiss: „Fortschritte zur Minderung der Erderwärmung

werden wir nur erzielen, wenn Thüringen schnell Maßnahmen für eine sichere, bezahlbare und grundlastfähige Energieversorgung ergreift.“ Der Selbstversorger-Bonus als Fortsetzung von Solar-Invest, die dezentrale Eigenversorgung von Industrie- und Gewerbegebieten mit Erneuerbaren sowie die Förderung von Geothermie und Wärmespeichern seien nur einige konkrete Ansätze der Union, machte der Umwelt- und Energieexperte deutlich.

mehr Infos





Beim Fachforum zur Digitalisierung sprach auch die bayerische Staatsministerin für Digitales, Judith Gerlach, zu den Gästen.

CDU macht Tempo bei der Digitalisierung



Thüringen muss aus dem **digitalen Tiefschlaf** erwachen.

Andreas Bühl | Digitalpolitischer Sprecher

Die CDU-Fraktion macht die massiven Digitalisierungsdefizite in Thüringen zum Thema im Landtag. In dem Zuge hat der Digitalisierungsexperte der Fraktion, Andreas Bühl, zusammen mit der Bayerischen Staatsministerin für Digitales, Judith Gerlach, zu einem Fachforum nach Jena geladen. Bühl: „Der Austausch mit der Ministerin hat uns noch einmal darin bestärkt: Thüringen braucht eine Koordinierungsstel-

le in der Staatskanzlei, damit der dortige Minister die Aufgabe zusammen mit den anderen Ministerien auf Augenhöhe bewältigen kann. Die Verwaltungsdigitalisierung im Freistaat muss endlich aus dem Tiefschlaf geweckt werden.“ Jedes Haus wurschtele nur vor sich hin, die Zuständigkeiten seien völlig zersplittert. Was fehle, seien einheitliche Vorgaben für Ministerien und Kommunen, kritisiert Bühl.

Bei dem Fachforum hatte die Staatsministerin Gerlach den „Bayerischen Weg“ erläutert. Danach würden die Landkreise und Schulen massiv gefördert und ein konsequentes Monitoring der Ergebnisse betrieben. Maßgeblich für jeden Digitalisierungserfolg sei laut Bühl zudem, auch die Bürger vom Nutzen zu überzeugen. Das Bewusstsein dafür sei durch die Defizite in der Corona-Pandemie gewachsen.

Aufarbeitung der SED-Diktatur im Fokus

Zu einem wichtigen Austausch mit dem Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, Dr. Peter Wurschi, traf sich die Landtags-CDU in der Fraktions-sitzung am 22. März. Wurschi erläuterte den Unions-Abgeordneten die Ergebnisse einer von ihm in Auftrag gegebenen Studie, die Teil des Projektes „Geteilte Erfahrungen“ ist. Darin wird auch die Lage von Menschen untersucht, die Opfer des SED-Unrechts geworden sind. Bei Debatten über die DDR sei es wichtig, diese Widersprüche von verschiedenen Erinnerungen anzuerkennen. „Mit dieser Ambivalenz, die sich dahinter verbirgt,

sollte man normaler umgehen“, sagte Wurschi. Mit dem Landesbeauftragten diskutierten die CDU-Parlamentarier unter anderem Fragen zum Härtefallfonds für SED-Opfer. Viele Jahre hat die CDU-Fraktion auf diese wichtige Anerkennung des Leids der Betroffenen gedrängt, der Landtag hat den Fonds schließlich zum 1. Juni 2022 eingerichtet. Damit soll vor allem jenen ehemaligen politischen Häftlingen und deren Familienangehörigen geholfen werden, die sich aufgrund fortwirkender Haftschäden, oft unverschuldet, heute immer noch in einer prekären sozialen Lage befinden.



Dr. Peter Wurschi (links) zu Gast in der von Mario Voigt geleiteten Fraktionssitzung der CDU im Landtag.

schmal; begrenzt	↓	jap. Form der Selbstverteidigung	↓	chem. Element, Selten-erdmetall	↓	östr. Amts-, Ehrentitel	↓	kleines Gebäckbröckchen	↓	längliche Frucht, Schote	↓	starke Abneigung	↓	Ein-siedler, Klausner	↓	Kunstflugfigur (engl.)	↓	chinesischer Kochtopf	↓	Bericht, Dokumentation
ausführlich, eingehend	↻ 12							Feld- und Wiesen-tier								große Tür, Einfahrt	↻ 10			
bargeldloser Zahlungsverkehr			↻ 9			Brauch, Sitte (lateinisch)			↻ 11			Kreuzblütler, Rucola	↻ 3							
eine Zahl	früher als		weibliches Märchenwesen				↻ 2	Zitterpappel							franz. unbestimmter Artikel			ein Wacholderbranntwein		
Wunddesinfektionsmittel	↻ 1					multipliziert mit				Einheitszeichen für Terawatt	katzenartiges Raubtier, Maguste								↻ 13	
↻			Abschiedsgruß	↻ 4				dt. Cartoonist (Uli)							↻ 5	chem. Zeichen für Iridium				
Grill; Kamin-gitter		↻ 8				deutscher Fußball-trainer (Joachim)			↻ 7	Gesichts-farbe									↻ 6	
Lösungswort																				
↻ 1 ↻ 2 ↻ 3 ↻ 4 ↻ 5 ↻ 6 ↻ 7 ↻ 8 ↻ 9 ↻ 10 ↻ 11 ↻ 12 ↻ 13																				

* Um an der Verlosung teilzunehmen, müssen Sie mindestens 16 Jahre alt sein und den Hauptwohnsitz in Thüringen haben. Die Preise werden direkt nach Einsendeschluss verlost und der Gewinner telefonisch benachrichtigt. Eine Auszahlung des Gewinns ist nicht möglich, der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Quiz-Teilnehmer erklären sich damit einverstanden, dass ihnen die CDU-Fraktion künftig Informationen zum aktuellen politischen Geschehen in Thüringen zusendet. Die CDU-Fraktion verwendet die Daten ausschließlich für interne Zwecke.

Bei unserem Kreuzworträtsel gilt es auch diesmal, ein Lösungswort aus dem Bereich der Landespolitik zu finden. Senden Sie die Lösung per E-Mail oder Post an die Redaktion (Betreff/Stichwort: „Kreuzworträtsel“) und gewinnen Sie einen Bluetooth-Lautsprecher. Einsendeschluss ist der 15. Juni 2023. Um an der Verlosung teilzunehmen, geben Sie das Lösungswort, Ihren vollen Namen, Ihre E-Mail-Adresse und Ihre Telefonnummer an.*

E-Mail-Adresse: quiz@cdu-landtag.de oder Postadresse: CDU-Fraktion im Thüringer Landtag | Jürgen-Fuchs-Str. 1 | 99096 Erfurt

CDU-Fraktion in ganz Thüringen auf Achse!



Auf unserer „HEIMAT. LAND. THÜRINGEN.“-Tour suchen unsere Abgeordneten den Kontakt mit den Thüringerinnen und Thüringern. Schwerpunkt dieser Marktplatz-Gespräche sind das geplante Verbot von Öl- und Gasheizungen durch Klima-Minister Habeck und die Auswirkungen der Inflation auf die Bürger. Außerdem regelmäßig Thema an unseren Ständen: Die Schulgesetz-Pläne der Ramelow-Regierung, durch die zahlreiche Grundschulen bedroht werden, weil sie die von Rot-Rot-Grün vorgesehene Mindestzahl von zwei Klassen pro Stufe nicht erreichen. Seit Mitte März ging es von Heiligenstadt mit Thadäus König über Waltershausen mit Jörg Kellner und Mühlhausen mit Jonas Urbach bis nach Greiz mit Christian Tischner. Dazwischen sammelte Maik Kowalleck in Saalfeld über 100 Unterschriften gegen Habecks Heizungsverbot. Auch Fraktionschef Mario Voigt sucht immer wieder den Austausch mit den Bürgern. Vom kleinsten Ort im Landkreis bis zum Größten, so gestaltet sich die Reise seiner „VOIGT VOR ORT“-Tour. Am ersten Tag hieß das konkret von Büchel bis Sömmerda. Ein paar Tage später und viele Kilometer weiter südlich drehte sich in Lauscha alles ums Glas – in der Glasfaser-Produktion von ALKEGEN genauso wie in der Farbglashütte Lauscha, die für ihren Farbglasschmuck berühmt ist. Im kleinsten Ort des Landkreises Sonneberg, in Goldisthal, besuchte Voigt die Kameraden der Feuerwehr und lud zum Bürgergespräch ein.



mehr Infos

